

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بدین بوم و پر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Sender: M. Mandl

05.10.2020

In den Fängen des Neoliberalismus

Internationale Finanzhilfen erhält Libanon nur, wenn es sich dem Diktat des IWF und Frankreichs beugt

Nur Tage nach den verheerenden Explosionen im Hafen von Beirut Anfang August hat die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) ihre Forderung nach umfassenden »Reformen« im Libanon als Vorbedingung für milliardenschwere Hilfen erneuert. Während einer von Frankreich einberufenen und online abgehaltenen Geberkonferenz wiederholte Kristalina Georgiewa ihren »Aufruf« zur Sanierung defizitärer staatlicher Unternehmen und der öffentlichen Finanzen sowie zu einer Kapitalkontrolle, um den Abfluss von Geldern aus dem Land zu stoppen. Zudem suggerierte sie, es gehe um die Schaffung beziehungsweise Ausweitung sozialer Sicherungssysteme, die aber bislang in vom IWF »unterstützten« Ländern extrem beschnitten worden sind.

Die im Mai begonnenen Gespräche zwischen der inzwischen nur geschäftsführenden libanesischen Regierung von Hassan Diab und dem IWF über ein erstes »Rettungspaket« im Wert von zehn Milliarden US-Dollar waren im Juli vorerst gescheitert. Ein Knackpunkt war die unterschiedliche Beurteilung des Ausmaßes der Verluste im libanesischen Bankensystem. Während IWF und Regierung von 90 Milliarden US-Dollar Defizit ausgehen, belaufen sich diese laut Zentralbankchef Riad Salamé lediglich auf die Hälfte. Salamé, der seit 27 Jahren an der Spitze der Bank steht und als Architekt des gescheiterten Finanzsystems die immensen Staatsschulden mit zu verantworten hat, verweigerte nicht nur eine Untersuchung zu Korruption in den Banken, sondern versucht faktisch, Kleinsparer für die Folgen der Krise aufkommen zu lassen. Wohlhabende Schichten sowie die Banker sollen aber vor Verlusten geschützt werden. Nach Aussage des im Juni zurückgetretenen Generaldirektors des Finanzministeriums, Alain Bifani, gegenüber dem in Beirut beheimateten Thinktank »Carnegie Middle East Center« sind bis zu sechs Milliarden US-Dollar außer Landes gebracht worden, während die »normale« Bevölkerung nicht mehr als 100 US-Dollar pro Monat von ihren Konten abheben durfte.

Die enge Beziehung zwischen dem libanesischen Bankensektor und der politischen Klasse hat der Ökonom Jad Chaaban von der Amerikanischen Universität Beirut in einer 2016 veröffentlichten Studie aufgezeigt: Die Hauptaktionäre von 18 der 20 größten Banken des Landes hatten demnach im Jahr 2014 enge Verbindungen zu Politikern, in 15 dieser 20 Banken waren die Vorstandsvorsitzenden selbst oder mit ihnen Verbündete in der Politik aktiv. 43 Prozent der Vermögenswerte standen unter politischer Kontrolle. Hinzu kommt eine extreme Intransparenz im libanesischen Bankensystem.

Auf Eis gelegt wurden die Gespräche mit dem IWF auch, weil im Libanon keine Einigkeit über den besten Weg aus der Krise herrscht. Das oppositionelle »Bündnis 14. März«, dem unter anderem die »Zukunftsbewegung« von Expremier Saad Hariri und die drusische »Sozialistische Fortschrittspartei« von Walid Dschumblatt angehören, setzt zwar verbal auf den IWF als einzige Lösung, hat aber eine Einigung zugunsten der Erhaltung eigener Bereicherungsmöglichkeiten bislang behindert. Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah und die »Allianz 8. März«, der die schiitisch geprägte Amal-Bewegung und die »Freie Patriotische Bewegung« von Staatspräsident Michel Aoun angehören, zieht dagegen auch Hilfsangebote etwa aus China und Russland in Betracht. Seit Monaten warnen sie davor, sich dem »Diktat des IWF« zu unterwerfen. Nicht zuletzt, um eine Hinwendung »nach Osten« zu verhindern, trugen die Regierungen der westlichen Industrienationen dazu bei, dass Diab am 10. August zurücktreten musste – zur Auslotung von Kooperationsmöglichkeiten hatte er auch Gespräche mit chinesischen Vertretern geführt.

Der vom Westen für den Posten des Premierministers favorisierte, vergangene Woche aber an der Regierungsbildung gescheiterte Mustapha Adib hingegen hatte eine Einigung mit dem IWF entsprechend der Anfang September vorgelegten französischen Roadmap zur Priorität gemacht. Im von Emmanuel Macron übergebenen Dokument war festgeschrieben worden, spätestens 15 Tage nach Amtsübernahme solle die neue libanesische Regierung einen Zeitplan für die Gespräche mit dem IWF vorlegen, innerhalb eines Monats ein Gesetz über Kapitalkontrollen einführen und eine nationale Antikorruptionsbehörde einsetzen. Macron drohte gar mit Sanktionen gegen die politische Klasse, sollten die geforderten Reformen nicht bis Ende Oktober umgesetzt werden. Es ist wahrscheinlich, dass der Druck auf Beirut weiter erhöht wird – insbesondere, wenn dem Willen der ehemaligen Kolonialmacht und ihrer Verbündeten nicht innerhalb kürzester Zeit entsprochen wird.